

10. November 2009

Pressemitteilung

- **Kinder und Jugendliche bleiben "Stiefkinder der psychotherapeutischen Versorgung"**
- **Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten beklagen mangelhafte Umsetzung eines Bundesgesetzes**

Mindestens 20 % aller Psychotherapeuten sollen nach dem Willen des Gesetzgebers spezialisierte Psychotherapeuten für Kinder und Jugendliche in Deutschland sein. Eine 20 %-Mindestquote deshalb, weil das der entsprechende Bevölkerungsanteil ist, die Prävalenz kaum Unterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern und Jugendlichen aufweist und die Wartezeit auf einen Therapieplatz möglichst kurz sein soll. „Würden kostengünstige frühzeitige Interventionen versäumt, könnte es zu Manifestationen und Chronifizierung von Erkrankungen kommen. Daher ist der Zugang zu frühzeitigen Therapien dringend erforderlich, um persönliches Leid bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen und ihren Familien und hohe volkswirtschaftliche Kosten zu vermeiden.“, so heißt es Ende 2008 in der Gesetzesbegründung des Deutschen Bundestags.

Doch die Umsetzung des Gesetzes lässt seither auf sich warten. Jetzt hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA), das Gremium der Gemeinsamen Selbstverwaltung von Ärzten, Krankenhäusern und Krankenkassen, eine Regelung erlassen, die das Gesetz so verwässert, dass sich in absehbarer Zeit kaum etwas verbessern wird. Dabei steht der G-BA in der gesellschaftlichen Verantwortung, Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern rechtzeitige und qualitätsgesicherte psychotherapeutische Behandlungsangebote zur Verfügung zu stellen.

„Es ist ein Skandal, dass die Umsetzung des Gesetzes durch den Gemeinsamen Bundesausschuss fast ein Jahr gedauert hat. Zudem setzt der G-BA das Gesetz aus unserer Sicht nicht rechtskonform um, da Psychotherapeuten, die nicht ausschließlich Kinder und Jugendliche behandeln, für die Berechnung der Quote einbezogen werden sollen und zunächst auch nur eine Quote von 10 % eingeführt werden soll. Die Folge wird sein, dass sich die Versorgung v.a. in ländlichen Gebieten kaum verbessern wird.“, so Peter Lehndorfer, Vorsitzender der VAKJP.

Die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in Deutschland sind empört über die aus ihrer Sicht rechtswidrige Blockade durch den Gemeinsamen Bundesausschuss. Immer wieder wird die Erfahrung gemacht, dass die berechtigten Interessen von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern in der konkreten Umsetzungspraxis scheitern, auch wenn die Politik hierfür ein offenes Ohr gezeigt hat.

Vorsitzender & Pressesprecher

Dipl.-Soz. Päd.
Peter Lehndorfer
Bräuhausstraße 4c
82152 Planegg
Telefon 0 89 / 8 59 53 82
Telefax 0 89 / 89 53 09 24
Lehndorfer@VAKJP.de

Pressereferent

Roland Apsel
Brandes & Apsel Verlag
Scheidswaldstraße 22
60385 Frankfurt/Main
Telefon 0 69 / 27 29 95 17 - 0
Telefax 0 69 / 27 29 95 17 - 10
Pressereferent@VAKJP.de

Bundesgeschäftsstelle Justitiar / Geschäftsführer

Rechtsanwalt
Jörn W. Gleiniger
Kurfürstendamm 72
10709 Berlin
Telefon 0 30 / 32 79 62 60
Telefax 0 30 / 32 79 62 66
Geschaeftsstelle@VAKJP.de

Geschäftszeiten
Montag - Freitag
9.00 - 14.00 Uhr

Bankverbindung

Postbank Karlsruhe
Konto 22 027-758
BLZ 660 100 75